

Deutschland als Integrationsland? Anmerkungen zur Islamkonferenz

MARCUS MEIER. TANJA SCHEITERBAUER

Die Bundesregierung hat im September 2006 sowie im Mai 2007 zur so genannten Deutschen Islamkonferenz eingeladen. Die Veranstaltung zog im Gegensatz zu den seit mehreren Jahren bereits etablierten Dialogforen große mediale Aufmerksamkeit auf sich. Ziel der Konferenz sei – so die offizielle Verkündung der Bundesregierung – „eine verbesserte religions- und gesellschaftspolitische Integration der muslimischen Bevölkerung“, wodurch sowohl dem „gewalttätigen Islamismus und Extremismus“ als auch der „Segmentation von Muslimen in Deutschland entgegengewirkt“ werden solle. Auch die Anerkennung des Islam als Religionsgemeinschaft und die dafür zu schaffenden institutionellen Rahmenbedingungen standen auf der Agenda.

Insgesamt zog die Konferenz viel Kritik auf sich. Eingewendet wurde, dass auf der Seite der Bundesregierung nur hochrangige RepräsentantInnen saßen und keine einfachen Abgeordneten. Auf der Seite der MuslimInnen wurde bemängelt, dass deren Organisationen nicht die gesamte Vielfalt vertreten könnten, sondern maximal 10-15% der Gläubigen.¹ Den zur Konferenz eingeladenen nicht-organisierten MuslimInnen², die der Regierung als kritisches Gegengewicht zu den konservativen Verbänden dienen sollten, wurde angelastet, nur sich selbst zu vertreten.

In den Auseinandersetzungen um die Islamkonferenz war jedoch kaum zu vernehmen, dass durch diese Art der Dialogpolitik eine *Kulturalisierung des Sozialen* produziert wird, die sich auch in den Debatten um Migration und Geschlecht wiederfindet. Diesem problematischen Aspekt wollen wir uns im Weiteren zuwenden.

Schaffung einer homogenen muslimischen *community*

Das Arbeitsprogramm der Islamkonferenz umfasst zwei unterschiedliche Themenkomplexe. Zum einen sind dies Fragen, die die Gleichstellung der MuslimInnen als Religionsgemeinschaft betreffen (z.B. Islamunterricht, Ausbildung von Imamen, Lehrstühle für islamischen Religionsunterricht). Zum anderen werden soziale Fragen wie die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen oder die Einstellungspolitik in Wirtschaft und öffentlichem Dienst verhandelt. Dies ist u. E. bemerkenswert und keineswegs selbstverständlich, weil hier Fragen der Religionsausübung (die also MuslimInnen als Gläubige angehen) und Fragen, die sozialpolitische Maßnahmen erfordern (die Muslime als Mitglieder dieser Gesellschaft mit sehr unterschiedlichem bürgerschaftlichen Status betreffen), am selben Tisch verhandelt werden.

Grundlage für diese Vermischung von integrationspolitischen Fragen und Fragen der Anerkennung als Religionsgemeinschaft ist eine Politik, die jene Personengruppe, die vormals die GastarbeiterInnen, später dann die AusländerInnen darstellten, heute vornehmlich als MuslimInnen adressiert. Von politisch-staatlicher Seite wird damit vollzogen, was im öffentlichen Diskurs schon seit einiger Zeit betrieben wird: nämlich die Schaffung einer scheinbar homogenen muslimischen *community*. Aus MigrantInnen mit einem wie auch immer geartetem islamischen Hintergrund werden dadurch MuslimInnen (ausreichend ist hierfür z.B. bereits das Herkunftsland, das „dem islamischen Kulturkreis“ zugerechnet wird). Aber auch jene Personen, die sich lange Zeit als nicht religiös definiert haben, sind davon betroffen, denn sie werden nun der neu geschaffenen Gruppe der „säkularen MuslimInnen“ zugerechnet.

Einerseits ist dem entgegenzuhalten, dass Religion nur eine Identität unter anderen ist, so dass hier lebende MigrantInnen mit vielfältigen Erfahrungen, unterschiedlichen Bedürfnissen und Interessen, mit unterschiedlichen nationalen, ethnischen, religiösen sowie sozialen Hintergründen nicht einfach allesamt als MuslimInnen zu einer Gruppe zusammengefasst werden können. Andererseits ist diese Schöpfung bedeutsam, weil mit der Vermischung von Integrations- und Religionsfragen soziale und politische Probleme in religiöse umgemünzt werden. Indem die Bundesregierung Arbeitslosigkeit von Jugendlichen mit den (nicht demokratisch legitimierten) Vertreterinnen „des Islam“ verhandelt, übergibt sie diese in deren Verantwortungsbereich und „entlastet“ sich selbst von sozialpolitischen Maßnahmen. Fragen der Erweiterung von politischen Partizipationsmöglichkeiten für MigrantInnen bleiben unthematisiert, da der Dialog unter religiösem Vorzeichen steht. So lehnte der bayrische Innenminister Beckstein Forderungen nach kommunalem Wahlrecht für Nicht-Deutsche im Rahmen des Integrationsgipfels mit der Begründung ab, dass erst diejenigen das Recht auf Partizipation erhalten sollen, die einen gelungen Integrationsverlauf nachweisen können. Dass auf dem Weg zu einer „gelungen Integration“ jedoch erst zahlreiche institutionelle und strukturelle Ausgrenzungsmechanismen überwunden werden müssen, wird dadurch schlichtweg geleugnet.³

Diese Art der Politik, für die die Islamkonferenz ein Paradebeispiel bietet, kann als Fortführung einer seit längerem stattfindenden *Kulturalisierung des Sozialen und des Politischen* gelten: Kultur – in diesem Falle der Islam – wird als statische und unveränderbare Entität verstanden, die die Handlungsnormen und -orientierungen aller MuslimInnen in gleicher Weise determiniert – unabhängig von sozialer sowie von nationaler Herkunft oder von Alter. Gesellschaft wird dann als Anhäufung spezifischer kultureller Gruppen gedacht, die mit naturgegebenen Eigenschaften versehen werden. Damit einher geht eine Stigmatisierung „der Anderen“ und gleichzeitig eine Konturierung „des Eigenen“. Im Rahmen der gegenwärtigen Debatte um die deutsche Leitkultur kann „das Andere“ aber nur unter „das Eigene“ der Mehrheitsgesellschaft untergeordnet werden.

Postulierung eines islamischen Patriarchats

Besondere Bedeutung gewinnt diese Auseinandersetzung um das Verständnis von Kultur vor dem Hintergrund der Diskussionen um die Gleichstellung von muslimischen Mädchen und Frauen, die einen gesonderten Punkt im Arbeitsprogramm der Islamkonferenz darstellt. Beispielhaft ist hierfür die Diskussion um Ehrverbrechen und Zwangsheiraten, die in der Öffentlichkeit als (verfehlte) islamische Praktiken gebrandmarkt und von „muslimischen Männern“ begangen werden. Was folgt, sind die diversen Tiraden auf die Nichtreformierbarkeit des Islam, das „islamische Patriarchat“ oder die „Unterdrückung der Frauen im Islam“. Sicherlich ist es kulturellen Vorstellungen über das Geschlechterverhältnis geschuldet, dass Zwangsheiraten und Morde im Namen der Ehre in Deutschland v.a. in jenem Teil der Bevölkerung stattfinden, die kulturelle Bezüge zu den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens haben.⁴ Zu fragen ist aber, welche Rolle soziale Ausgrenzung und rassistische Strukturen dabei spielen, wenn Frauenrechte in Deutschland in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen massiv verletzt werden. Dies bedeutet nun nicht, die Täter wiederum zu den Opfern ihrer sozialen Umstände zu machen, sondern genauer hinzusehen, was der spezifisch islamische bzw. religiöse Anteil an diesen Formen von Gewalt ist.⁵ Die in den migrantischen Familien vorherrschenden Geschlechterverhältnisse werden nicht nur innerhalb der *community* oder gar durch den Islam bedingt, sondern auch in Relation und in Abhängigkeit zu hegemonialen Geschlechterkodizes und -rollen konstituiert. Die Täter kollektiv als Muslime zu bestimmen, leistet dagegen vorherrschenden islamophoben und rassistischen Stimmungen in Europa Vorschub. Die Postulierung eines islamischen Patriarchats, das Geschlechterverhältnisse in „muslimischen Familien“ als Unterdrückungsverhältnisse festschreibt, dient somit nicht nur dazu, MuslimInnen als passive Opfer „ihrer“ Kultur darzustellen. Patriarchale Strukturen sowie männliche Gewalt in der Mehrheitsgesellschaft können mit ruhigem Gewissen außer Acht gelassen werden. Andere Herrschaftsverhältnisse wie Rassismus und Sexismus in der Mehrheitsgesellschaft werden dadurch ausgeblendet, und die jahrelangen Kämpfe innerhalb der Frauenbewegung um die Bedeutung von Ethnie/Rasse/Nationalität gehen verloren.

Mit dem viel zitierten „Ende der Multi-Kulti-Träumerei“, das auch im Namen der Bewahrung von Frauenrechten deklariert wird, sind die Weichen für eine verschärfte Migrations- und Integrationspolitik gestellt: Glaubten VertreterInnen der rot-grünen Regierung noch, dass die jahrzehntelang hartnäckig bestrittene Tatsache „Deutschland sei ein Einwanderungsland“ sich nun endlich durchgesetzt habe, zeichnet sich mit der Islamkonferenz und dem Integrationsgipfel eine Politik ab, für die paradigmatisch die Wendung weg vom Einwanderungs- hin zum Integrationsland Deutschland stehen kann. Fragwürdig bleibt, ob mit dem Modell der repressiven Anpassung an die „Leitkultur“ und der damit einhergehenden Definition von bestimmten Formen von Gewalt gegen Frauen als religiöses Problem von MuslimInnen, der Überwindung traditioneller und patriarchaler Vorstellungen von Geschlechterverhältnissen Rechnung getragen werden kann.